

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

21 (27.1.1909) 2. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Zwanziger ausgestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 90 Pfg., durch den Briefträger ins L u S gebracht, 1.37 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Adressen: Hermann Bayler in Karlsruhe.

### Der Kampf um die Nachlasssteuer.

Aus den konservativen Presseauslassungen geht immer deutlicher hervor, daß der Kampf gegen die Nachlasssteuer in den Mittelpunkt des politischen Interesses rückt. Wenn nicht alles trügt, heißt jener für die Konservativen die Parole: Weigen oder brechen. Der Reichskanzler kann nun wählen. Es wird ihm in der konservativen Presse schon verübelt, daß er an die Konservativen auch nur die Zustimmung stellte, sie sollten diese Steuer annehmen. Die „Kreuzzeitung“ weist in ihrer Wochenendausgabe dies weit von sich und meint, es hätte weit näher gelegen, dem Freisinn ins Gewissen zu reden. Dieser habe in die Reichstagskommission Abgeordnete geschickt, die ihren Lebenszweck darin sahen, den verhassten Agrariern nicht nur Widerstand zu leisten, sondern ihnen bei jeder Gelegenheit „eins auszuwaschen“. Mit solchen Politikern würden die Konservativen auch beim besten Willen kein Kompromiß zustande bringen können. Der Reichskanzler sehe so, wie der Freisinn mit dem Zentrum das Brauntweinmonopol zu Fall bringen wolle und in allen wirtschaftspolitischen Fragen ohne Rücksicht auf das Zustandekommen der Finanzreform sein Parteiprogramm und seine Parteigrundzüge den Ausschlag geben lasse. Eine energische Mahnung an den Freisinn, sich nicht vom Doktrinarismus leiten zu lassen, wäre also wohl angebracht gewesen. Statt dessen nur von den Konservativen Opfer zu verlangen, sei zum mindesten nicht diplomatisch. Im äußersten Falle würden von den Konservativen jetzt 5-6 Stimmen für die Nachlasssteuer zu gewinnen sein, und da im Zentrum auch nur 10-15 Stimmen dafür eintreten, so könne die Nachlasssteuer tatsächlich als aussichtslos gelten. Dasselbe gelte von der Beschränkung des Inhaberschutzes zu Gunsten des Reiches, eines Gesetzesvorschlages, von dessen gefährlicher Tendenz sich die Konservativen immer mehr überzeugt hätten und den sie zu Fall bringen könnten, wie die Abstimmung in der Kommission gezeigt habe. Namentlich der Ausschluß des Reichs der Parentel der Großeltern erzeuge den Konservativen die läbliche Verhältnisse ganz unmissig. Sollten solche Hindernisse trotzdem aufrecht erhalten bleiben, so müßten die Konservativen sich zur Durchführung der Finanzreform nach einer anderen Wundesgenossenschaft umsehen. Denn daß diese Reform notwendig sei, und daß ihr die größten Opfer durch den Wohlhabenden gebracht werden müßten, darüber sei bei den Konservativen nie ein Zweifel gewesen. Es fürchten aber auch noch andere Wege zum Ziele, als die, an denen der Freisinn im Vertrauen auf die Unterstützung durch die Regierung „unentwegt“ festhalte. Soweit das konservative Blatt. Wenn es die Bezeichnung „konservativ“ auf sich 14 bis 15 Zentrumsgedankte für die Nachlasssteuer eintreten werden, so können wir auf das Bestimmteste versichern, daß dies nicht der Fall sein wird. Das Zentrum wird auch in dieser Frage geschlossen dastehen, und die Steuer zu verwerfen; es wird dann bedacht sein, eine andere Form der Belastung des Vermögens zu suchen. Aber das konservative Blatt kann ganz beruhigt sein, an die von der Regierung vorgeschlagene Form geht kein Zentrumsgedankter heran. Es mag nur dafür sorgen, daß bei den Konservativen nicht „schwankende Gefühle“ sich einstellen werden. Das Zentrum würde ja eine Politik des Selbstmordes treiben, wenn es durch Abstimmungen die Möglichkeit gab, daß diese unangenehme Steuer zustande komme.

### „Deutsche Tageszeitung“ gegen die Mahnung des Reichskanzlers, der „Tag von Damaskus“ kommen werde;

diese Hoffnung werde sich nicht erfüllen. Von den Politikern gelte annähernd dasselbe wie von den Regierungen: sie dürfen Tage von Damaskus nicht allzuoft erleben. Solche Tage seien für sie um so gefährlicher und bedenklicher, wenn sie künstlich herbeigeführt werden und vorher von der Regierung anempfohlen worden sind. Die Konservativen aber hätten schon deswegen einen Damaskustag nicht erleben, weil sie der programmatischen Politik des Fürsten Bülow nicht untreu werden können. Fürst Bülow hat damals, als die Biopolitik zuerst in Erscheinung trat, den Konservativen geraten, ihre agrarisch-lexellurische Grundlage nicht preiszugeben. Er hat ferner die Parteien der Linken gewarnt, dem überliberalen Liberalismus Zueignung zu machen. Die Nachlasssteuer bedroht die agrarisch-lexellurische Grundlage nicht nur der Konservativen, sondern des gesamten Volkes aufs härteste; und das Verlangen nach einer grundsätzlichen Milderung des preussischen Erbschaftsrechts ist — wenn wir von den revolutionären Bestrebungen absehen wollen — eine papieren Forderung des Liberalismus. Nach diesen bestimmten Auslassungen sollte man annehmen, daß die Konservativen unter allen Umständen die Nachlasssteuer verwerfen würden. Wer bleibt denn als Freund derselben übrig? Die Sozialdemokraten belächeln sich als Anhänger, aber selbst ihr Redner machte die Einschränkung, daß an dem Entwurfe noch manche Härte beseitigt werden müßte. Schließlich lassen die Sozialdemokraten offen durchblicken, daß sie diese Steuer ablehnen werden, wenn sie sehen, daß die Annahme derselben, die ganze Steuerreform gefährdet; sie sagen sich, daß sie nicht dazu da seien, 70 Millionen Mark aus dem Volk zu legen, wenn 400 Millionen Mark neue indirekte Steuern kommen sollen. Der Freisinn ist auch nur ein lauer Freund dieser Steuer, und noch 1906 hat Dr. Winter erhebliche Bedenken gegen die Steuer vorgebracht. In den Reihen der Nationalliberalen ist man gespalten; wohl 40 Abgeordnete stimmen mit Nein und darunter alle jene, welche ländliche Kreise zu vertreten haben. Die Freunde der Steuer auf der rechten Seite mit einem Augend hoch geschätzt. Es gibt es also höchstens 120 Abgeordnete, die heute für diese Steuer sind. Woher die fehlenden 80 Stimmen zu nehmen sind, ist das Geheimnis des Reichskanzlers. Nach einer „anderen Bundesgenossenschaft“ hält die „Kreuzzeitung“ schon Ausschau; nach Lage der Sache kann dieser Bundesgenosse nur das Zentrum sein. Wir bezweifeln aber sehr, ob man hier Lust hat, den Vorkrieg einzugucken; unsere geläufige Lage ist nicht so verlockend, daß man „mit dabei“ sein muß. Vor zwei Jahren hat das Volk entschieden, daß der Vorkrieg die Welt führen soll und man wüßte, daß neue Steuern kommen würden. Man kann daher der Ansicht sein, daß eine neue Bestrafung des Volkes erforderlich ist, ehe eine Wendung eintritt. Es wäre daher nur logisch gehandelt, wenn man den Reichstag auflösen würde, ehe man nach einer „anderen Bundesgenossenschaft“ sich umsieht. Das Zentrum hätte eine solche Auflösung nicht zu fürchten; sie könnte ihm nur angenehm sein. Wenn es jetzt den Nachfolger spielen wollte, hätte es des „Taufbades“ hierfür. Fürst Bülow hat dem Volk zuweilen schon einmal die Reichsfinanzreform verschoben; bleibt dieser leistungsfähig, könnte man das Volk erst darüber hören, welche Steuern ihm genehm und bequem sind. Wir fürchten eine solche Volksabstimmung nicht.

### Deutschland.

Berlin, 26. Januar 1909.  
\* Die Beisetzung des Grafen Sompesch fand am Montag in Zürich unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung des rheinischen Adels und von Parlamentariern statt. Die Zentrumskraktion des Reichstages war offiziell vertreten durch die Abgeordneten Prälat Dr. Schäbler, Trimborn, Sittart, de Witt. Außerdem bemerkte man die Abgeordneten Stupp, Schild, Dr. Pfeiffer, Decker, Am Jahnhoff, Naden und Giesberts. Generalsekretär Jödy vertrat die rheinische Zentrumspartei, Landtagsabgeordneter Buchs-Düren-Jülich hatte sich wegen dringlicher Arbeit in Berlin entschuldigt. Vom Augustinerverein war amwesend Generalsekretär Dr. Weibacher.  
Nach 11 Uhr setzte sich vom Schlosse aus der lange Leidenzug durch den weiten Park, der reichbedeckt im hellen Sonnenschein dalag, in Bewegung. Voran schritten eine Musiktruppe, der Kirchenchor, die Vereine des Ortes und der Umgegend mit umflorten Fahnen, sowie eine Abordnung des Studentenvereins „Astoria“. Berlin, dessen Ehrenmitglied der Verstorbene war. Die Straßen säumte eine große Menschenmenge ein. Alle Häuser waren mit umflorten Fahnen geschmückt. Ein zahlreicher Klerus, an seiner Spitze Weihbischof Dr. Müller aus Köln, schritten dem Sarge voran.  
Die Beisetzung fand nicht in der Familiengruft in dem nahen Coerrenzig, sondern auf dem neuen Kirchhofe von Zürich statt. In eine einfache Gruft senkte man den Sarg hinab, nachdem zwei Kinder in poetischer Form und der Kirchenchor durch Gesangsvorträge dem Toten den letzten Abschiedsgruß gewidmet hatten. Bei dem folgenden Seelenamt hielt Dechant Stamp von Erlangen die Trauerrede, in der er den Toten schilderte als sorgenden Vater der Gemeinde und als ihr Vorbild als gläubendster frommer Christ. Weihbischof Dr. Müller sprach die Absolutio ad tumbarum. Gegen halb 2 Uhr war die Trauerfeier zu Ende.  
- Der Schoppenrieder Gottesdienst. Nach 16jährigen Bemühungen ist es gelungen, im Vorjahr für die 800 Katholiken in Schoppenried vielmals im Jahre einen Gottesdienst halten zu dürfen. Diese Entschärfung der braunschweigischen Regierung erregte damals unter allen Katholiken viel böses Blut. Für das Jahr 1909 wurde nun sofort genau dem Wunsch des Bischofs von Hildesheim monatlicher Gottesdienst in Schoppenried gestattet. Wir freuen uns dieses Fortschrittes und wollen hoffen, daß die Wünsche des Bischofs immer so prompt und voll erfüllt werden, damit die Klagen ihr Ende erreichen. Die katholische Presse aber darf für sich in Anspruch nehmen, daß ihre ankündigende Tätigkeit auch ein Stück dazu beigetragen hat, diese unerträgliche Minderständigkeit zu beseitigen. Hoffentlich nur den Katholiken in Schoppenried nichts, wenn sie jetzt auf einmal statt viermal, zwölfmal im Jahr Gottesdienst halten dürfen.

### Balkanstaaten.

□ Die Lage auf dem Balkan hat in den letzten Tagen wieder zur Verunruhigung Anlaß gegeben. Es ist nicht zu verkennen, daß die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei keinen Fortschritt aufweisen. Die große Öffentlichkeit erfährt zwar nicht, wo es steht; aber daß nicht alles flappert und Oesterreich-Ungarn wieder gewonnen ist, ersinnere Seiten anzuschlagen, das beweist die Energie, vorzubereiten. Der Herzog wird mir ein gnädiger Herr sein... „Nein, nein.“ rief ich in Verzweiflung, „es darf auf keinen Fall geschehen.“ „Und doch schienen Sie vorhin selbst Bedenken zu tragen, auf meinen Vorschlag der Adoption einzugehen?“ „Ja, aber aus einem ganz anderen Grunde.“ „Darf ich den Grund nicht wissen?“ „Ja, Sie sollen alles wissen, Herr Graf. Ihr Gelunnt macht es mir zur Pflicht, offen und frei zu Ihnen zu sprechen. Ich kann ja jetzt auch frei den Grund meines Bedenkens sagen, denn Amalgunde liebt mich nicht...“ „Wie soll ich das verstehen? Was hat Amalgunde damit zu schaffen?“ „Ich trug Bedenken, Ihren edelmütigen Vorschlag anzunehmen, weil — weil ich Amalgunde nicht wie eine Schwester lieben könnte.“ „Nicht wie eine Schwester?“ „Nein, sondern wie dasjenige Weib, von dem man das höchste Glück seines Lebens erwartet — wie meine Braut — meine Gattin...“ Das Wort war gebrochen. Ich atmete tief auf, und stand in zitternder Erregung da. „Und davon haben wir nichts neant?“ fragte der Graf, wie in einem Traum befangen. „Und weiß Amalgunde von Ihrer Liebe?“ „Ich glaube, sie ahnt sie — aber ich habe niemals gewagt, von meiner Liebe zu sprechen — und jetzt — jetzt ist ja doch alles vorüber...“ sie selbst sagte es ja vorhin... (Fortf. folgt.)

### Rusland.

Ein Denkmalsstreit in Luzern. Nach berühmten Muttern soll nun auch die vorwiegend katholische Stadt Luzern ein Denkmal — noch dazu auf dem schönsten Platz — erhalten, das dem Fremden die sichere Kunde bringt: hier regiert ein störrisches Regiment, das in Fragen der öffentlichen Sittlichkeit nach dem christlichen Sittengesetz nichts

### Die weiße Frau von Oldensloe.

Originalroman von O. Elfer. Nachdruck verboten.  
(Fortsetzung)  
Er brach in ein weiches Schluchzen aus, er war gänzlich schluchzlos und auch ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Nachmalts verfiel ich ihm, daß die Begegnung für mich tot und begraben sein sollte. Ich wollte bleiben, wer ich sei, ich wollte niemanden des Namens, des Reichthums, der Stellung heranziehen, die für mich keinen Wert hätten — da richtete sich der Graf mit plötzlicher Entschlossenheit auf. „Mein Gundolar“, sprach er mit einem Stolz und einer Kraft, die mich in Erstaunen setzten, „so kann es nicht zwischen uns bleiben. Der Gedanke, ungerathenes Gut mein eigen zu nennen, würde mich und die meinigen erdrücken. Sie haben ja selbst, wie dieser Gedanke schon mein armes Kind erregt und fast wahnhaftig machte. Ihnen, dem unser Name, unser Weib gebührt, soll er auch werden — Nicht muß Recht bleiben über die Welt geht zu Grunde...“ „Niemand neime ich das an!“ „Sie werden es annehmen müssen, schon um der Gerechtigkeit willen. Strengen Sie den Prozeß an, ich werde mich in alles fügen — um mich kümmern Sie sich nicht, meines Fürsten Gnade wird mit Ihnen sein.“ „Nein, nein, Herr Graf, auf keinen Fall! Sehen Sie hier — nehmen Sie die Dokumente!“ „Ich nehme Sie nicht, sie gehören Ihnen!“ „So zerreiße ich sie und vernichte mit ihnen alle meine Ansprüche für jetzt und alle Zeiten!“

Ich ließ meinen Worten die Tat folgen, zerriß die Papiere und freute sie auf den Fußboden. Der Graf ließ es ruhig geschehen. „Mit dem Zerreißen der Papiere“, sprach er mit edlem Stolz, „vernichten Sie nicht Ihre Rechtsansprüche. Die Papiere können erneuert werden. Sie sind ja nicht der einzige, der um die Angelegenheit weiß, Ihr Oheim weiß davon...“ „Ich werde ihn zwingen, darüber zu schweigen!“ „Sie sehen aus der Tatsache, daß er die Angelegenheit meiner Tochter enthüllt hat, wie er Ihr Verbot aufhebt. Soll ich mich dem anschließen, daß er unteren Namen, unsere Schmach, unsere Schuld der Öffentlichkeit preisgibt? Wie wollen Sie ihn zwingen?“ Er hat schon einmal eine Erpressung und eine Unterschlagung, die mit dieser Angelegenheit zusammenhängt, begangen. Ich werde ihm mit der Staatsanwaltschaft drohen, wenn er weiter spricht.“ „Und wenn Sie diese Klage gegen ihn anhängig machen wollten, würde dann nicht unsere Angelegenheit auch zur Sprache kommen? Würde nicht alle Welt erfahren, aufgrund welcher Thaten Sie Ontei jene Vergehen begangen?“ „Ich sah das richtige dieser Bemerkung ein und schwieg betroffen still.“ „Sie sehen“, fuhr der Graf fort, „daß es keinen anderen Ausweg gibt, als der Wahrheit die Ehre zu geben. Wir tragen keine Schuld an dem Geschehenen, wenn wir auch die Folgen tragen müssen. Der Vater Schuld erbt sich fort auf Kind und Kindeskind — das erfahren wir jetzt.“ „Ich war tiefbewegt von dem stolzen Edelmut und

der ruhigen Würde, mit der der Graf das Unvermeidliche trug. Da bligte mir ein Gedanke durch die Seele und wenn er mich auch schmerzhaft erregte, so ergriff er mir doch die Achtung aus all diesen Wirren zu bieten. Ich brachte dabei ein Opfer — das größte meines Lebens, aber ich hatte mir geschworen, Amalgunde glücklich zu machen, ihr und ihrer Familie durch die Geltendmachung meiner Rechtsansprüche niemals Kummer zu bereiten — deshalb mußte das Opfer gebracht werden.“ „Herr Graf“, sagte ich stockend und zögernd und mit dem Ausdruck kämpfend, „Sie waren vorhin so allgütig, mir einen Vorschlag zu machen...“ „Welchen Vorschlag?“ „Sie wollten... ich sollte... Ihren Namen tragen, ich sollte Ihr Sohn werden...“ „Ja, altes Unrecht sollte durch diese Adoption gesühnt werden. So war es zwischen meiner Mutter und mir verabredet worden. Seit verließ ich meine Mutter! Jetzt weiß ich, daß sie beiden Teilen gerecht werden wollte. Das geht nun nicht mehr an.“ „Weshalb nicht, Herr Graf?“ „Er sah mich groß an.“ „Weil dadurch das wirkliche Unrecht nicht gesühnt wird“, sagte er nach einer Weile. „Weil die Unchre, welche auf dem Namen, auf dem Leben Ihres Vaters lastet, nicht von ihm genommen wird. Es wäre ein neuer Vertrag, den wir der Welt vorpiegeln. Ich mag mich nicht dazu hergeben. Lassen Sie mich den geraden Weg gehen, er kann uns beiden nur zur Ehre gereichen. Morgen schon werde ich nach der Residenz fahren, um die geeigneten Schritte



